

Prof. Dr. Jörg Meuthen & Dr. Rainer Rothfuß (Hrsg.)

EUROPA

Zukunft sichern

Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Max Otte



EUROPA Zukunft sichern

Die EU steht vor dem Abgrund: „Weiter so!“ wäre das falsche Motto

Ohne die unkontrollierte Grenzöffnung 2015 wäre es 2016 nicht zum Brexit gekommen. Statt die Warnsignale zu verstehen, stolpert die EU in Richtung EU-Armee und bahnt die Mitgliedschaft von Türkei, Montenegro, Serbien, Albanien, Nordmazedonien, Bosnien und Kosovo an. Was als schützendes Dach für ein friedliches Zusammenleben der europäischen Völker begann, wird zum zentralistischen Moloch in Form eines übermächtigen Superstaats. Die Nationalstaaten immer weiter schwächen und damit die Bürger ihrer demokratischen Mitbestimmungsrechte berauben ist die gefährliche Strategie fast aller politischen Parteien in Deutschland. Eine Auswahl an Europakandidaten der Alternative für Deutschland erläutert wichtige Eckpunkte für eine zukunftsfähige Europapolitik.

Inhalt:

Prof. Dr. Max Otte: **Vorwort**

Prof. Dr. Jörg Meuthen: **Für ein Europa der Vaterländer**

Oberregierungsrat Joachim Kuhs: **Die christlichen Wurzeln Europas**

Dr. Maximilian Krahe: **Mehr Sachsen, weniger Rheinbund**

Dr. Nicolaus Fest: **Zum Zustand der EU:**

Selbstdarstellung und Wirklichkeit

Prof. Dr. Gunnar Beck: **In der EU ist Recht nicht mehr als die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln**

Dr. Michael Adam: **Von der Idee der Subsidiarität in den Abgrund der Regelungswut**

Oberstleutnant a.D. Bernhard Zimniok:

Die EU-Verteidigungspolitik auf Geisterfahrt

Dr. Sylvia Limmer: **Deutschland, quo vadis?**

Die gefährlichen Basta-Konzepte der Klimastreber

Dr. Christoph Birghan: **Missbrauch von Bildung als Vehikel zur Schaffung einer „EU-Identität“**

Dr. Verena Wester: **Kinder schützen – Kinderehen und Vielehen verbieten**

Dr. Rainer Rothfuß: **Europa braucht eine Re-Migrationsagenda**



9 783873 366459

ISBN 978-3-87336-645-9

9,90 €



Jörg Meuthen & Rainer Rothfuß (Hrsg.)

EUROPA

Zukunft sichern

Impressum

Jörg Meuthen & Rainer Rothfuß (Hrsg.)

EUROPA
Zukunft sichern

Titelbild i-Stock-Fotografie-ID: 648705540 / Romolo Tavani

1. Auflage 2019

© Copyright dieser Ausgabe by
Gerhard Hess Verlag, 88427 Bad Schussenried
www.gerhard-hess-verlag.de

Printed in Europe

ISBN 978-3-87336-645-9

Für ein Europa
des Friedens und der Freiheit

Inhalt

Vorwort von Max Otte	9
Jörg Meuthen	
Für ein Europa der Vaterländer	15
Joachim Kuhs	
Die christlichen Wurzeln Europas	22
Maximilian Krah	
Mehr Sachsen, weniger Rheinbund	31
Nicolaus Fest	
Zum Zustand der EU: Selbstdarstellung und Wirklichkeit	39
Gunnar Beck	
In der EU ist Recht nicht mehr als die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln	44
Michael Adam	
Von der Idee der Subsidiarität in den Abgrund der Regelungswut	51
Bernhard Zimniok	
Die EU-Verteidigungspolitik auf Geisterfahrt	58

Sylvia Limmer	
Deutschland, quo vadis?	
Die gefährlichen Basta-Konzepte der Klimastreber	65
Christoph Birghan	
Missbrauch von Bildung als Vehikel zur Schaffung einer „EU-Identität“	87
Verena Wester	
Kinder schützen – Kinderehen und Vielehen verbieten	97
Rainer Rothfuß	
Europa braucht eine Re-Migrationsagenda	103
Autoren	115
Weitere AFD-Kadidaten für die Europawahl	127

Rainer Rothfuß

Europa braucht eine Re-Migrationsagenda

Bezüglich der Zukunftsperspektiven der Europäischen Union warnt zynischerweise gerade der für die Destabilisierung des Nahen Ostens berüchtigte US-Geheimdienst CIA in seiner weltweiten Gefahrenanalyse 2018 vor einem Zerfall der EU:¹

„In den nächsten fünf Jahren wird Europa sich mit der Möglichkeit auseinandersetzen müssen, dass sich das europäische Projekt auflöst, während die Nachkriegsordnung durch Zuwanderungsströme aus der instabilen, oft bedrohlichen Peripherie und durch die Zwänge einer globalisierten Wirtschaft, die die ökonomische Ungleichheit verstärken, zunehmend unter Druck gerät.“

„Migration“ ist Priorität der EU-Kommission

Ganz oben auf schwimmt die Europäische Kommission auf der Zeitgeistwelle der globalen Migrationseuphorie und „bekräftigt nachdrückliche Unterstützung für [den] UN-Migrationspakt“² inmitten der in der zweiten Jahreshälfte 2018 zwischen den EU-Mitgliedstaaten aufreißenden Gräben um diese völkerrechtliche Selbstverpflichtung zur umfassenden Migrationsförderung. „Auf dem Weg zu einer Europäischen Migrationsagenda“ erklärt die Kommission „Migration“ zu einer ihrer höchsten „Prioritäten“.³ Die EU-Mitgliedstaaten sollen ihre Souveränität in der

Handhabung des Asylrechts an ein „Gemeinsames Europäisches Asylsystem“ abgeben mit dem Ziel eines „belastbaren System[s] zur Verteilung der Asylbewerber auf die Mitgliedstaaten“.

Die angeblichen Ziele der „Verringerung der Anreize für irreguläre Migration“ und der „Sicherung der Außengrenzen“ nimmt man einer EU nicht mehr ab, die erst auf Druck Italiens unter Salvini die Sophia-Schlepperdienste eingestellt und nun – auch auf Verlangen Seehofers hin – die Aufstockung des Frontex-Außengrenzschutzes von 1.300 auf 10.000 Sicherheitskräfte von 2020 auf 2027 vertagt hat. Beim Wort nehmen kann man die EU-Kommission aber sicherlich bei ihrer Zielsetzung, „angesichts des Bevölkerungsrückgangs“ Europas „Attraktivität“ für Zuwanderung zu erhöhen, indem „die Vorteile legaler Migration in den Herkunftsländern greifbarer“ gemacht werden, „unter anderem durch die Erleichterung von Heimatüberweisungen“. Diese haben Deutschland bereits 2017 einen ungesteuerten Mittelabfluss durch „Flüchtlinge“ in doppelter Höhe der staatlichen BMZ-Entwicklungshilfeleistungen beschert.

Jugendarbeitslosigkeit egal, Migranten müssen her

Die EU-Kommission ist nicht Opfer, sondern treibende Kraft hinter der Etablierung des globalen Migrationsregimes, dem die eigentlichen Interessen der Bevölkerungen demokratischer Nationalstaaten nur lästig im Wege stehen. Sie finanzierte mit Steuergeldern ab 2007 eine „Experten“-Studie, in der angenommene Aufnahmekapazitäten

für Migranten in die EU mit haarsträubenden Methoden berechnet wurden. So ergab das Ansetzen einer angeblich akzeptablen Bevölkerungsdichte für die EU von 1.000 Einwohnern pro Quadratkilometer (heutiger Wert 230 für Deutschland, 114 für die EU und 30 für Afrika) allein für Deutschland eine zusätzliche Aufnahmefähigkeit von 274.539.094 Migranten. Dieser Länderwert wird dann unter Einbeziehung des jeweiligen BIP für alle Mitgliedsstaaten umgerechnet in einen „ausgewogenen“ Verteilerschlüssel „im Geiste der Solidarität“, zur Festlegung der jeweiligen nationalen „Aufnahmekapazität“ für ankommende Migranten.⁴

Die in Südeuropa bis zu 39 %, regional auch bis zu 60 % von Jugendarbeits- und damit Perspektivlosigkeit geplagten jungen EU-Bürger hingegen scheinen die EU-Kommission wenig zu kümmern – ebenso wenig die Prognose renommierter Wirtschaftsforschungsinstitute, dass in den kommenden 20 Jahren ein Großteil der bisherigen Arbeitsplätze durch Roboterisierung und KI („Industrie 4.0“) wegfallen werden. Wie kann man über „Bevölkerungsrückgang“ klagen und die „Attraktivität der EU für Zuwanderung“ aus Afrika und Asien erhöhen wollen, wenn man noch nicht einmal seiner eigenen Jugend ausreichende Zukunftsperspektiven bieten kann oder will?

Die deutsche Bundesregierung steigt bei dieser migrationspolitischen Geisterfahrt sogar ins Cockpit: Beim 2020 in Kraft tretenden Fachkräftezuwanderungsgesetz – das „modernste“ weltweit, so Seehofer stolz – wird irrsinnigerweise die Vorrangprüfung für deutsche oder EU-Arbeitnehmer

bei der Jobvergabe und auch die Beschränkung der Zuwanderung auf Engpassberufe abgeschafft. Altmaier freut sich, es „könnten pro Jahr 600.000 Erwerbstätige auf dem deutschen Arbeitsmarkt hinzukommen“.⁵

Welche einende Motivation steckt hinter dem Konglomerat migrationseuphorischer Organisationen von den Industrieverbänden über George Soros' Open Society Foundation, den Mainstream-Medien, den karitativen Hilfswerken und Amtskirchen bis hin zur EU und UNO? Aus demografischer, humanitärer, wirtschaftlicher, arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Sicht ist die erst illegale, dann „legalisierte“ Massenmigration nach Europa ein geradewegs in die Sackgasse bzw. in den Abgrund führender Ansatz.

Ungefragt werden unwissende Gesellschaften unter den Vorwänden „Bevölkerungsrückgang“, „Fachkräftemangel“, „Rentensicherung“ und allen voran „humanitäre Hilfe“ in ein hochexplosives „Experiment“ gelotst, das Europa schon bis 2050 bis zur Unkenntlichkeit verändert und geschwächt haben könnte. Der deutsch-amerikanische Politikwissenschaftler Yascha Mounk pries es in den ARD Tagesthemen vom 20. Februar 2018 als „historisch einzigartiges Experiment, [...] eine monoethnische, monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln“, „aber dabei kommt es natürlich auch zu vielen Verwerfungen.“ Der Spiegel-Verleger Jakob Augstein versuchte in einem propagandistischen Kommentar vom 9. Juli 2018 bei seinen Lesern die nötige Migrationsgläubigkeit für dieses „Experiment“ zu fördern: „Durch Einwanderung könnte Deutschland zum neuen, besseren Amerika werden. Wir müssten uns nur von lieben

Gewohnheiten verabschieden – zum Beispiel vom Sozialstaat, wie wir ihn kennen.“⁶ Allenfalls ein reicher Verleger oder einer von über 4.000 EU-Beamten, von denen jeder einzelne mehr verdient als der deutsche Bundeskanzler, kann so urteilen. Für einen Pfandflaschen sammelnden Rentner, der 40 Jahre ins Sozialsystem einbezahlt und Kinder erzogen hat, ist es eine Frage des Überlebens.

Massenmigration bedroht unsere Sicherheit, nicht Russland

Während vom NATO-Mainstream gerne die alten Feindbildmuster des Kalten Krieges bemüht werden, ist aus realpolitischer Perspektive der im 21. Jahrhundert stetig anwachsende Migrationsdruck aus den bevölkerungsmäßig exorbitant wachsenden Regionen Afrikas und Asiens die Sicherheitsherausforderung, die Europa ernste Sorge bereiten sollte. Wie viele Migranten in den kommenden Jahrzehnten in Europa ankommen werden, ist schwer vorherzusagen. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) der UNO zählte 2015 bereits 244 Millionen Migranten weltweit. Das sind fast 100 Millionen mehr als noch 1990.⁷ Der UNO-Weltbevölkerungsbericht 2018 prognostiziert eine Verdoppelung der afrikanischen Bevölkerung von 1,3 auf 2,6 Milliarden innerhalb von nur 32 Jahren, also bis 2050.⁸ Da sich die politische Stabilität angesichts sich – zumindest relativ gesehen – stark verknappender Ressourcen in Afrika weiter verschlechtern wird, geht die CIA schon bis 2035 von einem auch für Europa sehr bedrohlichen Szenario aus: „Rund 75 bis 250 Millionen Afrikaner werden extremen

Wasserstress zu spüren bekommen – die wahrscheinliche Folge sind Massmigrationen“. Laut einer Weltbank-Studie von 2018 wird diese Entwicklung bis 2050 rund 86 Millionen „Klimaflüchtlinge“ allein aus Subsahara-Afrika in Bewegung setzen – in erster Linie nach Europa.⁹

Wahre Humanität: Hilfe nach dem „Proximitätsprinzip“

Die am stärksten Notleidenden können sich keine Flucht nach Europa leisten. Wer wirklich den Bedürftigsten helfen will, wer also die vorhandenen Mittel für Flüchtlingshilfe nach humanitären Prioritäten und Wirksamkeitskriterien verantwortungsvoll einsetzen will, muss einen realitätsnahen Ansatz wählen, der statt Migrationsromantik die vielschichtige Wirklichkeit im „globalen Dorf“ berücksichtigt. Verantwortungsvolle Hilfe muss nach dem Nähe- bzw. „Proximitätsprinzip“ – in Analogie zum Subsidiaritätsprinzip – erbracht werden, nicht nach dem Motto „Wer sich den Schlepper leisten kann, dem helfen wir“: Hilfe für Menschen in Not sollte nur dann in größerer „Entfernung“ vom Herkunftsland geleistet werden, wenn sie in direkterer „Nähe“ zum Problemherd oder in den Nachbarregionen nicht umsetzbar ist. Relevant sind räumliche, kulturelle, ethnische, wirtschaftssystemische und zeitliche Nähe für maßgeschneiderte Hilfelösungen nach dem Bedürftigkeitsprinzip. Zentrales Kriterium sind gute kulturelle und wirtschaftliche Integrationsmöglichkeiten am möglichst nahen vorübergehenden Zufluchtsort sowie leicht realisierbare Rückkehrperspektiven, sobald der Problemherd als Fluchtursache erfolgreich beseitigt wurde. Nicht

hinnehmbar ist somit, dass sich Saudi Arabien bei der syrischen Flüchtlingskrise damit entschuldigt, man wolle sich keine politischen Konflikte ins Land holen, könne aber in Deutschland für die bessere Integration der migrierten Muslime gerne 250 zusätzliche Moscheen finanzieren.

Geradezu irrsinnig ist zugleich, dass die EU mit Unterstützung der Bundesregierung den Wiederaufbau Syriens durch Sanktionen und eine Blockade der diplomatischen Beziehungen behindert. Zeitgleich mit dem – Dank russischer Unterstützung – errungenen Sieg über den Islamischen Staat und über weitere islamistische Terrororganisationen läuft die Familienzusammenführung auf Hochtouren – nicht in Syrien, sondern in Deutschland! Leider ist die AfD die einzige im Bundestag vertretene Partei, die einen offiziellen Beschluss gefasst hat die inhumanen EU-Syrien-sanktionen zu beenden: „Die AfD betrachtet die Wirkung der EU-Sanktionen gegen Syrien mit großer Sorge“, da sie „normale Syrer bestrafen und die Arbeit von Hilfsorganisationen fast unmöglich machen. [...] Im Interesse des deutschen und des syrischen Volkes rät die AfD nachdrücklich zu einer Aufhebung der Auflagen.“¹⁰

Europa braucht eine ganzheitliche Re-Migrationsagenda

Grundlage für eine ganzheitliche, humanitäre Alternativstrategie zur allseits propagierten Massenmigration und für wirksame, wirklich humanitäre Hilfe nach dem Proximitätsprinzip sollten folgende essenziellen, aber leider häufig ignorierten Schritte und Maßnahmen sein:

1. Stopp militärischer Interventionen für Regierungsumstürze in Herkunftsländern: Während die Irak-Intervention der NATO 2003 die Grundlagen für den 2012 von der DIA angekündigten und 2014 gegründeten Islamischen Staat¹¹ legte, sorgte das ebenso völkerrechtswidrige Bombardement Libyens 2011 für das Öffnen der nach wie vor vom IS kontrollierten Migrationsschleuse aus Afrika im bis heute zerstörten, vormals reichen Erdölstaat. Diese menschenverachtende, ja kriminelle Einmischungspolitik muss sofort und für immer beendet werden.
2. Stopp von Waffenlieferungen (auch über Schlupflöcher) in Herkunftsregionen: Es gibt eine enge Korrelation zwischen dem Volumen der vom Westen exportierten Waffen in den Nahen Osten (rund 90 % aller Verkäufe in die Region) und der Anzahl der dort entwurzelten Flüchtlinge und Migranten. Kein EU-Wirtschaftswachstum und keine Steuereinnahmen aus solch kurzsichtigen Waffengeschäften können je den Schaden aufwiegen, der ethisch, menschlich und auch wirtschaftlich durch diese Verantwortungslosigkeit angerichtet wird.
3. Revision der EU-Außenhandelsabkommen und Eliminierung destruktiver Agrarexportförderung: Durch hochsubventionierte Agrarexporte aus der EU nach Afrika und ungleichen „Freihandel“ werden vielerorts lokale und nationale Märkte derart verzerrt, dass viele heimische Bauern und Fischer keine Chance mehr haben, ihren Lebensunterhalt in nachhaltigen, kleinräumigen Wirtschaftskreisläufen selbst zu bestreiten. Während

beispielsweise energieverschwendende Kühlflugzeuge tiefgefrorene, EU-subsidierte Hähnchenflügel nach Westafrika fliegen, propagiert die EU absurderweise die europaseitige Aufnahme von „Klimaflüchtlingen“ im Rahmen des Globalen Pakts für Flüchtlinge als Lösung des „Problems Klimawandel“ in Afrika.

4. Erneuerung der politischen und gesetzlichen Grundlagen für Asyl: Als die Genfer Flüchtlingskonvention 1951 unterzeichnet wurde, war die Zielsetzung der Schutz für verfolgte Individuen aus totalitären Staaten. Zwischenzeitlich wurde die Kommunikation und Mobilität durch technische Innovationen weltweit revolutioniert. Die globale Mobilität ist in ökonomische Reichweite weiter Teile der alle 10 Tage um eine Million Einwohner wachsenden Bevölkerung Afrikas und des Nahen Ostens gerückt. Die sozialstaatliche Rundumversorgung fast eines jeden illegal unter dem Vorwand der „Asylsuche“ Eingereisten wirkt als unkontrollierbarer „Pull-Effekt“ gegenüber weiteren Migranten aus ärmeren Ländern.
5. Verhandlung von Remigrationsabkommen mit Herkunftsstaaten: Es ist inakzeptabel, dass einzelne Herkunftsländer abgelehnte Asylbewerber nicht zurücknehmen. Die Bundesregierung muss – mit oder ohne Unterstützung der EU-Kommission – wirksame Rückkehrregelungen in sichere bzw. befriedete Herkunftsregionen aushandeln und konsequent umsetzen. Das Auszahlen hoher Rückkehrprämien seitens der Bundesregierung ohne Durchsetzung einer dauerhaften

Rückkehr der Nutznießer ist als pervertiertes „Heimaturlaubsgeld“ strikt abzulehnen.¹²

6. Entwicklungshilfe neu definieren als Rückkehrhilfe: Statt einer „Entwicklungshilfe“ für führende Industriestaaten wie China brauchen wir eine regional auf die wichtigsten Quellstaaten von Krisen- und Armutsmigration fokussierte Rückkehrhilfe. Während bislang korrupte und auch totalitäre Regime in den Herkunftsländern bei willfähriger Unterstützung westlicher Politik- und Rohstoffinteressen großzügig finanziert werden, sollte jegliche Hilfe der messbaren Erreichung transparenter Rückkehr- und Wiedereingliederungsziele dienen.
7. Start obligatorischer Rückführungsprogramme einschließlich Wirtschaftskooperation: Werden Rückführungsprogramme in bereits befriedete Staaten wie Eritrea und weitestgehend Syrien mit privatwirtschaftlichen Kooperationsinitiativen verknüpft, können die vertieften Wirtschaftsbeziehungen beiden Seiten nutzen. China macht es Deutschland mit einem rund hundertfachen Investitionsvolumen vor, wie auch afrikanische Staaten wertvolle Wirtschaftspartner werden können. Vor und nach der Rückkehr von Migranten spielen marktorientierte Ausbildungsprogramme eine zentrale Rolle für den Erfolg der Kooperation. In Deutschland kriminell gewordenen Migranten hingegen muss umgehend mit der gebotenen Konsequenz des Rechtsstaats begegnet und wirksame Abschiebemechanismen etabliert werden.

Der Weg hin zu einer ganzheitlichen Lösung der sich aktuell erst schrittweise abzeichnenden Migrations-Megakrise, die

das Schicksal Europas im 21. Jahrhundert bestimmen wird, ist ein komplexer. Wichtig sind – angesichts fast drei Milliarden zusätzlicher Einwohner allein im benachbarten Afrika bis zum Jahr 2100 – Lösungen, die Probleme ganzheitlich angehen und nicht nur politisch kurzfristig opportun die Symptome behandeln. Europa darf seine hausgemachten Probleme von Facharbeiter- und Kindermangel nicht durch „Brain Drain“ und „Human Mining“ zulasten der armen Herkunftsstaaten von Migrationswilligen lösen. Massenhafte außereuropäische Zuwanderung darf nicht als Hilfsmittel zur schleichenden Demontage der demokratischen Nationalstaaten und ihrer kulturell nach wie vor relativ homogenen Staatsvölker missbraucht werden. Die Idee eines gesamteuropäischen Zentralstaats will angesichts einer durchschnittlich noch viermal so starken Identifikation der EU-Bürger mit ihrem jeweiligen Heimatland im Vergleich zur Identifikation mit der EU freilich nicht so recht zünden.¹³ Das ist gut so, denn ohne demokratische Nationalstaaten, die im europäischen Rahmen freiwillig und friedlich kooperieren, würde die möglichst direkte Mitbestimmung der Bürger im großen Mahlwerk einer unüberschaubaren zentralistischen EU-Bürokratie mit Sicherheit untergehen. Demokratie und Freiheit sind zu hohe Güter um sie für eine in gefährlichem Maße undemokratische Konzeption eines Europastaats aufzuopfern.

¹ CIA (2018): Die Welt im Jahr 2035: Gesehen von der CIA und dem National Intelligence Council. Verlag C.H.Beck, München.

- 2 https://ec.europa.eu/germany/news/20181114-kommission-bekraeftigt-unterstuetzung-fuer-un-migrationspakt_de
- 3 https://ec.europa.eu/commission/priorities/migration_de
- 4 EU-Machbarkeitsstudie zur Flüchtlingsumsiedlung 2010: https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/e-library/docs/pdf/final_report_relocation_of_refugees_en.pdf
- 5 www.tagesschau.de/inland/migration-arbeit-spurwechsel-101.html
- 6 Jakob Augstein: „Einwanderung. Ein deutscher Traum“; www.spiegel.de/politik/deutschland/einwanderung-ein-deutscher-traum-kolumne-a-1217379.html
- 7 IOM Weltmigrationsbericht 2018: https://publications.iom.int/system/files/pdf/wmr_2018_en.pdf
- 8 DSW Weltbevölkerungsbericht 2018: www.dsw.org/wp-content/uploads/2018/08/DSW-Datenreport-2018_final.pdf
- 9 Rigaud, K. Kumari et al. (2018): Groundswell: Preparing for Internal Climate Migration. World Bank, Washington, DC.: <https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/2946>
- 10 www.derfluegel.de/2018/07/04/ein-zeichen-setzen
- 11 Der US-Militärgeheimdienst DIA erkannte schon 2012 den im Entstehen begriffenen Islamischen Staat als wünschenswertes Instrument zum Sturz der Regierung Assad in Syrien: „Es besteht die Möglichkeit der Gründung eines [...] salafistischen Fürstentums [...] und das ist exakt, was die Unterstützermächte der Opposition wollen, um das syrische Regime zu isolieren [...]. Dies schafft die ideale Atmosphäre um [...] den Dschihad unter [...] den Sunniten [...] der arabischen Welt zu vereinen [...]. ISI könnte einen Islamischen Staat ausrufen mithilfe der Vereinigung mit anderen Terrororganisationen“: www.judicialwatch.org/document-archive/pgs-287-293-291-jw-v-dod-and-state-14-812-2
- 12 www.abendblatt.de/hamburg/article216623007/Auslaender-erhalten-Geld-fuer-Ausreise-und-kommen-wieder.html
- 13 Eurobarometer 89 vom Frühjahr 2018, S. 5: <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Survey/index#p=1&instruments=STANDARD>



Dr. Rainer Rothfuß wurde am 19. April 1971 in Freudenstadt im Schwarzwald geboren und studierte Geographie der Entwicklungsländer, Politikwissenschaft und Raumordnung und Entwicklungsplanung an den Universitäten von Tübingen, Stuttgart und Mérida (Venezuela). Rothfuß ist nach Berufstätigkeit in Industrie und europäischer Programmverwaltung seit 2004 als selbständiger Berater für transnationales Projektmanagement und als Geopolitik-Analyst tätig. Er promovierte 2006 über globale Städtetzwerke als Instrument der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Von 2009 bis 2015 lehrte Rothfuß an der Universität Tübingen als Professor für Politische Geographie und Entwicklungsländerforschung mit den Fachschwerpunkten Geopolitik, Konfliktforschung, Christenverfolgung und nachhaltige Entwicklung sowie innovative Verkehrskonzepte. Er initiierte 2016 die internationalen „Druschba“-Friedensfahrten nach Russland und erhielt dafür 2018 den Bautzener Friedenspreis. Dr. Rainer Rothfuß kandidiert für die Europawahl 2019 auf Platz 21 der bundesweiten Liste der Alternative für Deutschland.